

**MEDI Baden-Württemberg e.V.** • Liebknechtstr. 29 • 70565 Stuttgart

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration  
Baden-Württemberg  
Minister Manne Lucha  
Else-Josenhans-Str. 6  
70173 Stuttgart

Stuttgart, 22.11.2023

• **Betreff: Politische Forderungen für die ambulante Versorgung**

Sehr geehrter Herr Minister Lucha,

zunächst bedanken wir uns für Ihr bisheriges Engagement auf Bundesebene, schnell eine zeitnahe und praktikable Lösung für die Notfallversorgung zu erreichen. Bereits jetzt klagen überlastete Kolleginnen und Kollegen über kaum zumutbare Zustände in den Notfallpraxen. Auch Patientinnen und Patienten spüren schon in den ersten drei Wochen des geänderten Notfalldienstes eine deutliche Verschlechterung der Versorgung in den sprechstundenfreien Zeiten.

• Mit unserer heutigen Aktion müssen wir dennoch erneut auf die zunehmend prekärer werdende Gesamtsituation der ambulanten Versorgung hinweisen – auch mit Blick auf das BSG-Urteil für die Poolärztinnen und -ärzte. Mit diesem Urteil wird einerseits der Notdienst in akute Gefahr gebracht, andererseits führt es zu einer weiteren Demotivation, ja partiell sogar Resignation der niedergelassenen Vertragsärzteschaft in Baden-Württemberg. Bei einem hohen Anteil an älteren Kolleginnen und Kollegen in der Niederlassung und bekanntermaßen fehlendem Nachwuchs durch jahrzehntelange dysfunktionale und nicht sachorientierte Politik werden die Folgen des Urteils die ambulante Versorgung sowohl bei der Hausärzteschaft als auch der Fachärzteschaft weiter massiv verschlechtern. Deshalb muss die Politik – bei allem Verständnis für die wichtigen Krankenhausreformen – endlich die Belange der ambulanten Versorgung erkennbar in den Blick nehmen. Das Problem der Notfallversorgung ist nur ein Problem von vielen. Hier muss sich zeitnah etwas ändern! Deshalb appellieren wir nachdrücklich an Sie, sich energisch für die unten aufgeführten Forderungen auf Bundesebene in der von Ihrer Partei mitgetragenen Koalition einzusetzen.

• Das sind unsere Forderungen für die ambulante Versorgung:

1. Umgehende gesetzliche Regelung zur Befreiung von Poolärztinnen und -ärzten von der Sozialversicherungspflicht.
2. Adäquate Finanzierung der Notfalldienste gegebenenfalls auch durch kommunale Zuschüsse oder Landeszuschüsse.
3. Sofortige Umsetzung der Entbudgetierung im hausärztlichen, aber auch im fachärztlichen Bereich.
4. Sehr zeitnahe Umsetzung der längst überfälligen GOÄ-Reform.
5. Eine Digitalisierung, die das Praxismangement erleichtert und Ressourcen einspart.
6. Adäquate Anpassung des EBM-Orientierungswertes an die massiv gestiegenen Kosten.



**MEDI Baden-Württemberg e.V.**

Vorsitzender: Dr. med. Norbert Smetak

Stv. Vorsitzende: Dr. med. Michael Ruland • Dr. med. Bernhard Schuknecht • Dr. med. Michael Eckstein

Sitz: Stuttgart • Registergericht und -nummer: Amtsgericht Stuttgart • VR 5305

7. Umfassende Förderung der Weiterbildung im ambulanten Bereich beispielsweise durch Einrichtung eines Fonds.
8. Wirkliche Entbürokratisierung.
9. Ende der Regressflut durch Einführung sinnvoller Bagatellgrenzen.
10. Konsequente Umsetzung der Ambulantisierung durch den raschen Ausbau des §115f SGB V Kataloges auch mit adäquater Vergütung.
11. Eine adäquate Würdigung der Leistungen unserer MFA durch Gleichbehandlung bei Bonuszahlungen mit dem stationärem Personal (Beispiel Pandemie).

Sehr geehrter Herr Minister, diese Aufstellung ist nicht abschließend und nicht vollständig. Sie zeigt nur die wichtigsten Kernpunkte der dringend nötigen Reformen auf. Wenn wir nicht gemeinsam das Rückgrat der Versorgung in Deutschland, nämlich den ambulanten Bereich stärken, der über 90 Prozent der Behandlungsfälle abdeckt, muss der Politik unterstellt werden, dass Sie dies sehenden Auges zulässt und ihrer Verantwortung nicht gerecht wird! Bis jetzt ist überhaupt nicht erkennbar, wie die Politik, insbesondere die Bundespolitik die Probleme in den nächsten Jahren angehen will. Der Ausstieg der geburtenstarken Jahrgänge aus der Versorgung ist bereits in vollem Gange, die nachwachsende Ärztegeneration kann diese Lücke in keiner Weise füllen und der Versorgungsbedarf wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Der Ruf nach der Selbstverwaltung ist hier nicht ausreichend. Die Politik legt schließlich die Rahmenbedingungen fest, in der die Selbstverwaltung tätig werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Vorstand von MEDI Baden-Württemberg e. V.

